

 **Bundesministerium**
Inneres

Gerhard Karner, Mag
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.463.735

Wien, am 23. August 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Mag. Philipp Schrangl hat am 23. Juni 2022 unter der Nr. **11433/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Polizeieinsätze in öffentlichen Bädern Oberösterreichs ab 2016“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

- *Wie viele Polizeieinsätze gab es in oberösterreichischen Hallen- und Freibädern? Bitte um eine tabellarische Auflistung für die Jahre 2016 bis 2021 nach Hallen- und Freibädern.*
- *Welche und wie viele strafrechtliche Delikte wurden zur Anzeige gebracht? (Bitte um eine tabellarische Auflistung für die Jahre 2016 bis 2021 nach Hallen- und Freibädern, Bezirk, sowie die Staatszugehörigkeit der Beschuldigten)*
- *Wie viele polizeiliche Einsatzkräfte waren bei den jeweiligen Einsätzen von Nöten?*
- *Wie hoch war die Aufklärungsquote (aufgelistet nach Delikt, Bad und Jahr)?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt. Von einer anfragebezogenen retrospektiven manuellen Auswertung wird auf Grund des enormen Verwaltungsaufwandes und der damit einhergehenden Ressourcenbindung aus Gründen der

Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns Abstand genommen.

Zur Frage 5:

- *Welche Präventionsmaßnahmen wurden gesetzt? Welche Projekte wurden seit dem Jahr 2016 ins Leben gerufen bzw. fortgeführt und wieviel Geld kosteten diese? Bitte um eine tabellarische Auflistung, nach Jahr, Projekt und Geldbetrag.*

In Schulen sowie bei Opferschutzberatungen ergehen Informationen zum Thema „Verhalten beim Besuch von öffentlichen Bädern“. In Bezug auf die verstärkte Überwachung dieser Einrichtungen erfolgt ein direkter Austausch zwischen den örtlich zuständigen Polizeiinspektionen und den Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeistern. Durch Fußstreifen in Uniform soll eine deutliche Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls erreicht werden.

Im Rahmen des Projektes „Gemeinsam.Sicher“ wurden in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer und den Betreibern Hausordnungen in verschiedenen Sprachen erstellt, welche in öffentlichen Bädern aufgehängt werden und ebenfalls den Bademeisterinnen und Bademeistern als Hilfestellung bei Beanstandungen sowie sprachlichen Barrieren dienen.

Diese Maßnahmen finden in der Plandienstzeit statt, sodass kein zusätzlicher finanzieller Mehraufwand entsteht.

Gerhard Karner

